



SPD



StadtLeben

Nr. 2 /2016

SOZIALGERECHTES WOHNEN IN DRESDEN:



DIE NEUE WOBA

Seite 3:

VON PIESCHEN INS OSTRAGEHEGE
MIT DER FÄHRE ÜBER DIE
ELBE

Seite 4:

DANA FROHWIESER:
„WIE EINE SCHNECKE AUF
GLATTEIS“

Seite 5:

VINCENT DREWS:
STÄDTEKOALITION, ASYL & ZIVIL-
COURAGE



DRESDEN WÄCHST. DIE MIETEN STEIGEN. ZEIT ZU HANDELN

Der vermietbare Wohnungsleerstand hat sich durch den Zuzug von Menschen nach Dresden in den vergangenen Jahren drastisch verringert. Alle Prognosen weisen für Dresden auch in den kommenden Jahren einen Bevölkerungszuwachs aus. Anfang 2016 betrug der vermietbare Wohnungsbestand in Dresden nur noch etwa 2 %.

Damit ist die Schwelle zur Wohnungsnot erreicht.

Vermieter müssen heute kaum noch Konkurrenz fürchten. Bei der Wohnungsvermietung wird nur noch geschaut, was der

Bürger bereit ist für eine angebotene Wohnung zu bezahlen. Besonders deutlich wird dies bei der Wiedervermietung frei gewordener Wohnungen, die nunmehr in der Regel deutlich über der ortsüblichen Miete vermietet werden. Private Vermieter haben wenig Interesse daran, Wohnungen an Bürger mit geringem Einkommen und an Bürger, die auf Hilfe vom Staat angewiesen sind, zu vermieten. Diese Menschen haben jedoch das gleiche Recht auf eine ordentliche Wohnung wie alle anderen. Bezahlbares und sicheres Wohnen haben wir daher zu einem zentralen Thema in unserem Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2014 gemacht.

Zitat aus dem Wahlprogramm:

„Wohnen ist ein Grundrecht. Für Lebensqualität und den sozialen Frieden in einer Stadt ist es wichtig, dass ihre Bürgerinnen und Bürger bezahlbaren und sicheren Wohnraum finden und sich in ihrem Wohnumfeld wohlfühlen. Ein stabiler und mieterfreundlicher Wohnungsmarkt ist eine Grundvoraussetzung für das solidarische Miteinander in einer Stadt. Wohnungspolitik ist für die SPD Dresden daher eine Kernaufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge.“

SOZIALGERECHTES WOHNEN IN DRESDEN: DIE NEUE WOBA

„Sozialwohnungen wurden vor 100 Jahren benötigt, sie werden jetzt und auch noch in 100 Jahren benötigt. Wir sollten deshalb aufhören in kurzfristigen Zeiträumen zu denken“, sagt Stadtrat Peter Bartels.

Auf der Stadtratssitzung am 12. Mai 2016 wurde die städtische Gesellschaft STESAD mit der Planung von 800 Wohnungen für ein neues städtisches Wohnungsunternehmen beauftragt. Die SPD-Fraktion und ihre Kooperationspartner waren diesem Beschluss bereits einen Schritt voraus. Sie hatten erwogen, die STESAD nicht nur mit der Planung, sondern direkt mit dem Bau dieser Wohnungen zu beauftragen.

Die Ausgangssituation

Hiervon hatten wir jedoch vorläufig Abstand genommen, um zunächst eine bereits im August 2015 in Auftrag gegebene Zuarbeit der Stadtverwaltung zur bestmöglichen Rechtsform der neuen Wohnungsgesellschaft abzuwarten.

Diese Zuarbeit, die von großer Bedeutung für die Gestaltung des Gründungsprozesses der Gesellschaft ist, liegt seit Juni endlich vor. Die SPD-Fraktion wird sie in der Sommerpause gründlich auswerten und dann darum kämpfen, dass die Wohnungsgesellschaft spätestens Ende 2016 ins Leben gerufen werden kann.

Wir hoffen sehr, uns rasch mit unseren Kooperationspartnern

über die geeignete Rechtsform der Gesellschaft einig zu werden. Wir würden es auch sehr begrüßen, wenn die CDU-Fraktion, die noch im vergangenen Jahr die Notwendigkeit einer neuen Wohnungsgesellschaft erkannt, dann aber plötzlich bestritten hatte, hier wieder mit uns an einem Strang ziehen würde, um unsere gemeinsame Verantwortung für die Stadt wahrzunehmen.

Der erste Schritt ist getan

Mit der Beauftragung der Planung der Wohnungen wurde ein nicht mehr rückgängig zumachender Beschluss zur WOBA-





Gründung getroffen. Zugleich wurden mit dieser Entscheidung die Weichen für die nächsten 10 Jahre gestellt. Ein besonders wichtiger Schritt, weil er nicht nur von den Kooperationsfraktionen, sondern auch von Oberbürgermeister Hilbert mitgegangen wurde, der ein kommunales Wohnungsunternehmen bislang nicht für erforderlich gehalten hatte.

Bis die neue WOBA jedoch einen nachhaltigen Einfluss auf dem Wohnungsmarkt ausüben kann, wird ein erheblich längerer Zeitraum benötigt. So werden in den nachfolgenden Legislaturperioden unter Beachtung der Entwicklung des Wohnens in un-

serer Stadt weitergehende Beschlüsse gefasst werden müssen, um das Wohnen für alle Bürger sozialverträglich zu gestalten und um eine Ausweitung der neuen Wohnungsnot zu verhindern.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist weiterhin die Zusammenarbeit mit dem größten Wohnungsanbieter in unserer Stadt, den Wohnungsbaugenossenschaften, aber auch mit privaten Vermietern und dem größten privaten Wohnungsunternehmen, der VONOVIA, erforderlich.

Zudem unterstützen wir die Initiativen von Baugemeinschaften zur Schaffung von Wohneigentum und erwarten von der Stadtverwaltung, dass für diese Baugemeinschaften Baugrundstücke kostengünstig zur Verfügung gestellt werden.

Ziel der Wohnungsbauförderung muss sein, den Wohnungsneubau durch unterschiedliche Maßnahmen so zu fördern, dass Vermieter untereinander in Konkurrenz stehen. Denn nur durch die Konkurrenz der Vermieter wird es möglich sein, den derzeit vorhandenen Anstieg der Mieten, insbesondere bei der Wiedervermietung freigegebener Wohnungen, zu verhindern.



Peter Bartels

Sprecher für Wohnungs- und Umweltpolitik

SPD-Fraktion Dresden

„Wir wollen wieder ein kommunales Wohnungsunternehmen schaffen. Dazu möchten wir die STESAD GmbH, ein städtisches Unternehmen, das seit 25 Jahren Stadtentwicklung für Dresden betreibt, nutzen. Den Grundsatzbeschluss dazu haben wir bereits im August 2015 zusammen mit den Fraktionen Die Linke und Bündnis90/Die Grünen gefasst.“

VON PIESCHEN INS OSTRAGEHEGE MIT DER FÄHRE ÜBER DIE ELBE

Die jahrzehntelange Diskussion um eine Verbindung zwischen Pieschen und dem Ostragehege nimmt erneut Fahrt auf.

Die Stadtratsfraktion der SPD hat Ende Mai diesen Jahres Oberbürgermeister Dirk Hilbert beauftragt, die Errichtung einer Fähre vom Ballhaus Watzke ins Ostragehege zu prüfen, nachdem die Stadtverwaltung berichtet hatte, dass eine Brücke vor allem aus Kostengründen kurzfristig nicht realisierbar sein wird.

Fußgänger-Fähre in Johannstadt: Gibt es bald auch wieder eine für Pieschen?



Bei dem von der SPD-Fraktion eingereichten Prüfantrag sollen auch Fragen zum Natur- und Hochwasserschutz berücksichtigt werden. „Mit einer Verbindung ins Ostragehege kann das Grünflächendefizit in Pieschen ausgeglichen werden und die Sportschulen werden besser angebunden“, sagte Stadtrat Vincent Drews.

STADTRAT ZU BESUCH IM „PRINZ EUGEN“

Mit rund sechs monatiger Verzögerung bezogen am 01. Juni 2016 die ersten Asylsuchenden die neue Flüchtlingsunterkunft in Dresden-Laubegast.

Das ehemalige Hotel „Prinz Eugen“ lud kurz vor der Eröffnung zu einem „Tag der offenen Tür“, um Interessierten und Anwohnern die Möglichkeit zu geben, sich ein Bild von der Unterkunft auf der Gustav-Hartmann-Straße zu machen. Fraktionsvorsitzender Christian Avenarius folgte der Einladung und stellte sich den Fragen der Bürger.

Am Weltflüchtlingsstag, den 20. Juni 2016, war er erneut vor Ort. Im Gespräch mit der Heimleitung informierte er sich über die aktuelle Situation. Die SPD-Fraktion wird sich darum bemühen, nicht nur zu dieser, sondern auch zu allen anderen Flüchtlingsunterkünften regelmäßige Kontakte aufzubauen.



Fraktionsvorsitzender Christian Avenarius im Gespräch mit Heimleiter Jens-Peter Schöne.



„WIE EINE SCHNECKE AUF GLATTEIS“



Es war 1949 als die Sozialdemokratin Dr. Elisabeth Selbert im Parlamentarischen Rat hartnäckig und mit viel Durchsetzungsvermögen erreichte, dass in Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes geschrieben wurde: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. Viele Sozialdemokratinnen nennen sie als Vorbild und Grund für die eigene SPD-Mitgliedschaft.

Frauen im Erwerbsleben

Erst seit 1908 dürfen Frauen in ganz Deutschland an Universitäten studieren, inzwischen erwerben mehr Frauen als Männer einen Hochschulabschluss. Trotzdem verdienen sie nach wie vor rund 20 % weniger als Männer. Selbst bei gleicher Ausbildung, Beruf und Qualifikation beträgt der Unterschied ca. 7 %.

Auf dem Weg in die Führungspositionen von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik nimmt der Frauenanteil dann dramatisch ab. Und zudem werden Frauen heute wieder zunehmend mehr mit 50-Jahre-Rollenklischees konfrontiert:

„Kümmert Euch um Haus und Kinder.“ Als wenn unser Land es sich leisten könnte, die Kreativität, die Fähigkeiten und die Kompetenzen der Hälfte seiner Bevölkerung am Herd verkümmern zu lassen.

Willy Brandt sagte einst, die Gleichberechtigung komme voran, **„wie eine Schnecke auf Glatteis“**.



Heute haben wir ein hohes Maß an „gefühlter Gleichberechtigung“ erreicht – jungen Frauen scheint einfach alles möglich. Sie machen die besseren Schulabschlüsse, sie verlassen früher als junge Männer ihr Elternhaus und sind unabhängig, können alles studieren. Und später scheitern sie doch allzu oft an strukturellen Rahmenbedingungen.

Nicht ohne Grund wurde 1994 Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes ergänzt um **„Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und**

wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“.

Die Frauen- und Männerprojekte, die mit dieser Förderrichtlinie gefördert werden und Pflichtaufgaben wahrnehmen, haben das über viele Jahre unter schweren Bedingungen getan – kurze Förderzeiten, eingefrorene Budgets bei steigenden Kosten u.v.m.

Dresden als Vorbildrolle

Im März 1990 hatte in der Stadt Dresden das erste Büro einer Gleichstellungsbeauftragten der neuen Bundesländer seine Arbeit aufgenommen – und damit eine Vorbildrolle eingenommen.

Noch im gleichen Jahr entstanden viele der Einrichtungen, die heute in Dresden das Netz der Gleichstellungsarbeit ausmachen: Frauen für Frauen e.V. *sowieso*, Frauenzentrum „Guter Rat“, FrauenBildungsHaus Dresden e.V., Gerede e.V., Johann-

städter Kulturtreff e.V. und Ausländerderrat Dresden e.V. Und es sollten noch einige folgen, die hier nicht alle aufgezählt werden können, aber alle wichtige Bausteine der Gleichstellungsarbeit in Dresden sind. Schon acht Jahre später berichtete die damalige Gleichstellungsbeauftragte von erschwerten Rahmenbedingungen ihrer Arbeit durch Mittelkürzungen und Kompetenzbeschneidungen.

„Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes

Das Netzwerk der Projekte und Initiativen mit den jeweils eigenen Schwerpunkten und Kompetenzfeldern aber schafft es, in der Stadt Dresden breite Angebote zu Arbeit, Bildung, Gesundheit, Kunst, Stadtgeschichte, Vielfalt von Lebensweisen, Migration, für Frauen mit Handicap und für Opfer von Gewalt zu unterbreiten. Das tun sie hochprofessionell und fachlich fundiert, aber im ständigen Kampf um knappe Finanzen und längerfristige Perspektiven als ein Jahr.

Förderung der Gleichberechtigung

In der Stadtratssitzung am 12. Mai 2016 wurde die Änderung der Fachförderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann aus dem Jahr 2006 beschlossen. Klingt trocken, ist eine Fachförderrichtlinie auch erst einmal – die Sache aber sicher nicht.

Ein ausdrücklicher Dank gilt diesbezüglich denjenigen Frauen (und auch einigen Männern), die sich in den Initiativen und Projekten engagieren, deren finanzielle Förderung diese Richtlinie regeln und verbessern soll. Sie leisten mit ihrer alltäglichen Arbeit einen zentralen Beitrag zur Durchsetzung einer echten Chancengleichheit von Frauen, Männern und Menschen mit einer anderen Geschlechtsidentität – unabhängig von deren gewählten Lebensentwurf.

Im Beruf, in der Politik, in der Familie – in allen gesellschaftlichen Bereichen. Viele der beschlossenen Änderungen sorgen für klarere Vorgaben und Verfahren und werden nach meiner Überzeugung die Arbeit der Vereine und Initiativen erleichtern. Ein wichtiger Punkt dieser Änderungen, der die Arbeit der



Projekte stärken wird, ist beispielsweise die Möglichkeit der Mehrjahresförderung oder dass zukünftig auch Weiterbildungskosten gefördert werden können.

Dana Frohwieser
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Bildung und Kindertagesstätten

Dabei sei dem Büro der Gleichstellungsbeauftragten gedankt, die hier einen sehr offenen und beteiligungsorientierten Überarbeitungsprozess gestaltet haben und mit offenem Ohr für die Anliegen der betroffenen Projekte und Initiativen da sind. Diesen wünschen wir viel Erfolg für die Fortsetzung ihrer wichtigen und qualitativ hochwertigen Arbeit.

IM GESPRÄCH MIT VINCENT DREWS ZU STÄDTEKOALITION, ASYL & ZIVILCOURAGE



Herr Drews: Sie sind Stadtrat, Vorsitzender der Neustädter SPD, arbeiten im Abgeordnetenbüro Albrecht Pallas des Sächsischen Landtags und sind stellvertretender Vorsitzender im Ausländerbeirat: Wie lassen sich diese verschiedenen Aufgaben miteinander vereinbaren?

Viele Themen in den unterschiedlichen Tätigkeiten überschneiden sich, so kann ich vieles gleich in die unterschiedlichen Aufgabenfelder mitnehmen. Gerade meine Arbeit als Stadtrat im Bereich Soziales und Integration lässt sich gut mit meiner Arbeit im Ausländerbeirat vereinbaren. Und auch in der Neustädter SPD und in meiner beruflichen Tätigkeit ist die Frage nach gelingender Integration natürlich aktuell.

Bereits mehr als 100 europäische Städte haben sich der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus der UNESCO angeschlossen. Am 23. Juni 2016 entschied der Stadtrat über den Beitritt Dresdens. Welche Ziele und Erwartungen haben Sie mit dieser Mitgliedschaft?

Ich glaube, keine Stadt in diesem Land hat irgendeinen Grund nicht Mitglied dieser Städtekoalition zu werden. Dennoch bin ich der Meinung, dass unsere Stadt aufgrund der gegenwärtigen Entwicklung besonders gute Gründe hat, diese Mitgliedschaft anzustreben. Erst vor kurzem konnten wir in der Presse die Äußerungen von ausländischen Studierenden lesen, die in Dresden angefeindet wurden und darüber berichtet haben. Zudem finden jeden Montag die PEGIDA-Demonstrationen gegen Menschen mit Migrationshintergrund statt. Das allein sind besonders gewichtige Punkte, um Mitglied dieser Städtekoalition zu werden und daraus resultierend auch den 10-Punkte-Plan

dieser Städtekoalition in Dresden umzusetzen. Das Ziel muss sein, alltäglich gewordenen Rassismus zu bekämpfen und aufzuklären, dass rassistische Äußerungen eben nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt sind.

Welche Punkte dieser Agenda sind für Dresden besonders wichtig?

Ich glaube es ist wichtig, in dieser Stadt für Toleranz zu werben und für eine Verständigung zu sorgen, so dass wir ein gesellschaftliches Miteinander erreichen und nicht weiterhin ein gesellschaftliches Gegeneinander haben. Aber auch die Herstellung von Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt oder bei der Wohnungssuche sind wichtige Herausforderungen, die Teil des 10-Punkte-Plans sind.

Welche Initiativen und ehrenamtliche Aktionen mit Flüchtlingen im Raum Dresden sind Ihnen besonders aufgefallen?

Ich möchte diesbezüglich keine einzelnen Projekte aufgreifen – alle machen eine wichtige und gute Arbeit. Ich finde es sehr schön und erfreulich, dass wir so viele Initiativen in Dresden haben, die mit Geflüchteten arbeiten. Wir haben für jedes Übergangwohnheim, in denen Geflüchtete in Dresden leben, eine Ehrenamtsinitiative, die unter anderem Deutschkurse anbietet und Werte vermittelt. Darüber hinaus werden durch Feste, Sportaktivitäten sowie verschiedene andere Aktionen integrationsbildende Maßnahmen in den Stadtteilen geschaffen. Ich glaube, das ist das Wichtige. Nicht die Leuchtturmprojekte mit wenigen, sondern der Versuch, eine Breite an Flüchtlingen zu erreichen, ermöglicht eine Integration in die Stadtgesellschaft.



Refugee-Lauftreff Dresden: Mit Stadträtin Kristin Sturm und dem früheren Ortsamtleiter Dresden-Altstadt, Dietrich Ewers (SPD).

Am 23. April 2016 haben Sie beim Tag der offenen Tür das Asylheim an der Altenberger Straße besichtigt. Wie war Ihr Bild von der Unterkunft?



Vincent Drews zum Tag der offenen Tür in der Flüchtlingsunterkunft auf der Altenberger Straße.

Die Unterkunft ist aus meiner Sicht ein Provisorium. Das Gebäude ist eine ehemalige Schule, die relativ notdürftig hergerichtet wurde, um Geflüchtete unterzubringen. Es ist kein Beispiel dafür, wie ich mir eine gelungene Unterbringung von Geflüchteten vorstelle. Die sollte meiner Meinung nach vielmehr dezentral in Wohnungen stattfinden. Und wenn nötig, dann in kleineren Heimen, die eine wohnungsähnliche Struktur haben, in der die Menschen die Möglichkeit haben, sich selbst versorgen zu können, um ein alltägliches Leben führen zu können.

Müsste Ihrer Meinung nach eine dezentrale Unterbringung das gesamte Stadtgebiet umfassen?

Das muss das Ziel sein. Wir brauchen eine faire Verteilung innerhalb unserer Stadt. So dass wir in allen Stadtteilen je nach ihrer Aufnahmefähigkeit Geflüchtete unterbringen, um eben keine Ballungszentren wie Gorbitz oder Prohlis zu schaffen und um eine gesamtstädtische und gesamtgesellschaftliche Integration organisieren zu können.

Bei all den Herausforderungen in der Flüchtlingsproblematik:

Vergisst die Stadt Dresden andere soziale Problemfelder wie beispielsweise die Versorgung von Wohnungslosen?

Nein, andere soziale Gruppen in Dresden werden über der Flüchtlingsthematik nicht vergessen. Auch im Bereich Wohnungslosigkeit haben wir in den letzten anderthalb Jahren, in denen es in der Öffentlichkeit größtenteils um die Geflüchteten ging, neue Projekte angeschoben und über Themen diskutiert. Die grundsätzliche Struktur im Bereich Wohnungslosigkeit ist sicherlich verbesserungswürdig. Und auch da muss mehr getan werden, als im Moment getan wird, aber wir haben es auf jeden Fall im Blick. Die Beschlüsse zum neuen Sozialticket, der Ombudsstelle im Jobcenter und der erhöhten Förderung für die Altenhilfe sind weitere gute Belege dafür, dass wir uns sozialpolitisch um alle Dresdnerinnen und Dresdner kümmern.

Im Wettbewerb „Zukunftsstadt“ tragen Dresdner Wünsche und Visionen für die Zukunft der Stadt zusammen. Wie ist Ihr Zukunftsbild von Dresden für das Jahr 2030?

Was ich mir wünsche ist, dass es selbstverständlich ist, dass in Dresden Menschen von ganz unterschiedlicher Herkunft wohnen und dass das auch von den Dresdnerinnen und Dresdnern als selbstverständlich wahrgenommen wird. Es soll keine Protestveranstaltungen mehr gegen Zuwanderung geben. Vielmehr wünsche ich mir ein gutes Miteinander, bei dem Menschen zusammen die Stadt gestalten und sich zusammenschließen, um die Sachen, die sie in ihrem Lebensumfeld vielleicht noch nicht als gelungen finden, zu verbessern.



Vincent Drews

Sprecher für Sozial- & Integrationspolitik

VERANSTALTUNGSRÜCKSCHAU



Ein früherer Freund von Jorge Gomondai: Dr. Husein Jinah (Vorstand Integrations- und Ausländerbeirat Dresden).



In Am Sayad Mahmood (Vostand Ausländerrat Dresden e.V.) Christian Avenarius und André Schnabel (DGB) setzen ein Zeichen gegen Rassismus (v.l.n.r.).

Christian Avenarius, Hendrik Stalman-Fischer und Dana Frohwieser im Gespräch (v.l.n.r.).



06. April 2016:

Die SPD-Fraktion beteiligte sich an den Internationalen Wochen gegen Rassismus im Rahmen der Kundgebung zum Gedenken an Jorge Gomondai. Dazu spannten wir von 16.00 bis 18:00 Uhr einen

„bunten Faden für Toleranz und Mitmenschlichkeit“,

an dem Bilder von Menschen, die die Aktion unterstützen, aufgehängt wurden. Damit konnten wir zusätzlich zur Kundgebung auch bildlich ein Zeichen gegen Rassismus setzen.



Podiumsdiskussion mit Peter Bartels (Vorsitzender Mieterverein Dresden), Dr. Jürgen Hesse (Vorstand EWG), Moderator Dirk Schmitt sowie Martina Pansa (Geschäftsführerin Vonovia Region Ost) (v.l.n.r.)



Christian Ude mit den Stadträten Christian Avenarius und Thomas Blümel (v.l.n.r.)



Der ehemalige Oberbürgermeister von München: Christian Ude (SPD)

13. April 2016:

Im Zusammenhang mit eigenen Anträgen veranstaltete die SPD-Fraktion in der Dreikönigskirche ein Fachforum zum Thema:

„Sozialer Wohnungsbau – Wer soll das bezahlen?“

Hauptredner war der langjährige Oberbürgermeister von München Christian Ude, der auf diesem Gebiet über Erfahrungen wie kaum ein anderer verfügt. Er diskutierte mit kompetenten Gästen über die Möglichkeiten und Grenzen der Kommunalpolitik in der Wohnungsproblematik und rundete den Abend mit einem Auszug aus seinem Kabarett ab.



Christian Avenarius mit Andreas Höffken als „Hofnarr Fröhlich“ und Hendrik Stalman-Fischer (v.l.n.r.)



Hendrik Stalman-Fischer im Gespräch mit dem Jenaer Stadtarchitekten Dr. Matthias Lerm (v.l.n.r.)

06. Mai 2016:

„70 Jahre nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg ist es an der Zeit für einen Neuaufbau des Königsufers!“ Darin waren sich die beiden Referenten, der Jenaer Stadtarchitekt, Dr. Matthias Lerm und Hendrik Stalman-Fischer, baupolitische Sprecher der SPD-Fraktion, bei der Bürgerversammlung zum Wiederaufbau des Narrenhäusels einig. Ziel der Veranstaltung war es, für den Wiederaufbau zu werben und dabei die Besonderheit des Narrenhäusels für Dresden aufzuzeigen. Zugleich hatten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, Fragen an die beiden Referenten zu stellen. Daraus entwickelte sich eine lebhaft diskutierte, die die zukünftige städtebauliche Gestaltung der Stadt in den kommenden Jahren thematisierte.



Das Team „Hätte hätte Fahrradkette“ mit Dorothee Marth, Vertreterin der SPD im Jugendhilfeausschuss, Stadträtin Kristin Sturm sowie den beiden Fraktionsreferentinnen v.r.n.l.)



08. Juni 2016:

Das Team „Hätte hätte Fahrradkette“ der SPD-Fraktion Dresden hat bei der diesjährigen REWE Team Challenge teilgenommen. Zusammen mit insgesamt 16.000 Läuferinnen und Läufern absolvierten wir die Laufstrecke von 5 km durch die Innenstadt Dresdens bei sommerlichen Temperaturen. Wir sind zufrieden mit unserer Leistung und es hat riesigen Spaß gemacht.

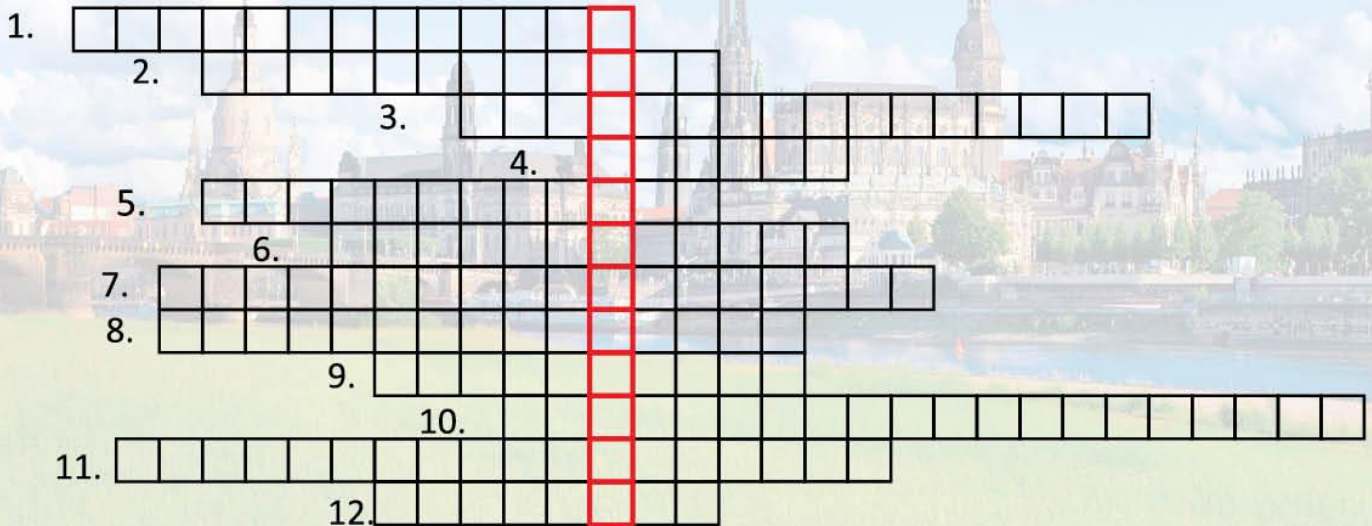


KENNEN SIE DRESDEN?

1. Wohnhaus des kurfürstlichen Hofnarren Joseph Fröhlich
2. Langjähriger Oberbürgermeister von München (2 Worte)
3. Nach Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes sind Männer und Frauen...
4. Stadtentwicklungs- und Sanierungsgesellschaft Dresden mbH
5. Sprecher für Sozial- und Integrationspolitik der SPD-Fraktion (2 Worte)
6. Kirche, die von 1996 bis 2005 wieder aufgebaut wurde
7. Stadion im Ostragehege (3 Worte)
8. Eine von fünf Brücken im Innenstadtbereich Dresdens
9. Flüchtlingsunterkunft im Dresdner Osten (2 Worte)
10. Ausschuss für die Kinder- und Jugendhilfe
11. Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion Dresden (2 Worte)
12. Gewählte kommunale Volksvertretung

**Filmreife
Verlosung**

Gewinnen Sie mit etwas
Glück 1 x 2 Freikarten für
einen Film nach Wahl
im Dresdner
Rundkino.



Und so wird's gemacht: Kreuzworträtsel lösen, Lösungswort auf eine Postkarte oder in eine E-Mail schreiben, Absender nicht vergessen, und bis zum 31. August 2016 (Einsendeschluss) abschicken an:

SPD-Fraktion im Stadtrat Dresden | Dr.-Külz-Ring 19 | 01067 Dresden oder spd-fraktion@dresden.de

IMPRESSUM

„StadtLeben“ ist ein Informationsblatt der

SPD-Fraktion im Stadtrat Dresden
Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden
Raum 1|207

spd-fraktion@dresden.de
www.spd-fraktion-dresden.de
Facebook: SPD-Fraktion Dresden

V.i.S.d.P.: Christian Avenarius

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der
SPD-Fraktion.

Sie darf nicht zur Wahlwerbung verwendet werden.

Bildnachweis:

Imagebild Dresden:

Titelbild:

Woba:

Fähre Pieschen:

Prinz-Eugen:

Gleichberechtigung:

Auf zum Weinberg!:

Im Büro:

Interview:

Veranstaltungen:

005 Visu Narrenhäusel Elbseite Ansicht: Max Wiessner

Porträts:

Redaktion

Redaktion

Redaktion

Redaktion

Redaktion

www.JenaFoto24.de/ pixelio.de

Tim Reckmann/ pixelio.de

Redaktion

Redaktion

Baugeschäft GmbH

Redaktion

Druckauflage: 1.500 Stück